



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/87 - 15.4.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Zum Rücktritt Eisenhowers	S. 1
Umsturz in Bolivien	S. 3
Die Polizei wehrt sich - ohne Gummiknüppel	S. 4

## Als Morgengabe zwölf deutsche Divisionen ?

AE. Mit einer Rundreise in die westeuropäischen Hauptstädte wird der Oberkommandierende der Atlantikpaktstreitkräfte, General Eisenhower, sein zweites europäisches Gastspiel beenden. Das Werk, das er jetzt hinterlässt, ist noch unvollendet. Das lag und liegt nicht an dem General. Selbst ein Mann von dem ungewöhnlichen Prestige und Nimbus eines General Eisenhower, der in seiner Person das Militärische und Politische harmonisch vereinigt, vermag nicht politische und psychologische Tatbestände, die ihre Wurzeln in jahrhundertealten Traditionen, Konflikten und Vorurteilen haben, sozusagen über Nacht aus der Welt zu schaffen. Das geht über die Kraft eines einzelnen.

Immerhin hat General Eisenhower dank seiner einzigartigen Begabung und seines Einfühlungsvermögens in verhältnismässig kurzer Zeit auf europäischem Boden Erstaunliches geleistet. Er gab den ermattenden Verteidigungswillen des noch freien Europa neue Impulse; gestützt auf die überwältigende Macht der Vereinigten Staaten schuf er im Oberkommando der Nordatlantikpakt-Mächte ein militärisches Instrument, das, wenn auch unvollkommen, durch seine blosse Existenz dazu beigetragen hat, mögliche sowjetische Angriffsgelüste in Europa im Bann zu halten. Mit Eisenhowers Betrauung bekundeten seinerzeit die USA die überragende Bedeutung, die Europa in ihren politischen und strategi-

sehen Plänen einnimmt. Es wird schwer für Washington sein, einen würdigen Nachfolger zu finden. Doch sein Interesse an Europa wird bleiben. Hier fallen die grossen Entscheidungen. Erst die Kontrolle über Europa, seine Menschenmassen und Rohstoffschätze, seine Fabriken und Schiffswerften, würde die Sowjetunion das Tor zur Welt-herrschaft öffnen. Das Wissen auch die USA.

General Eisenhowers nun endgültig feststehender Abgang von der europäischen Tribüne erfolgt zu einem Zeitpunkt, da der dramatische Kampf um die Ernennung von Kandidaten für die amerikanischen Präsidentschaftswahlen langsam seinem Höhepunkt entgegeneilt. Ein für Europäer erstaunlicher Vorgang: Der Mann, für den sich Millionen von Amerikanern begeistern, hat bisher selbst in den Wahlkampf nicht eingegriffen. Um als Bürger, der frei sein muss, um offen seine Meinung zu sagen, wird Eisenhower nach dem 1. Juni seine Uniform mit dem Zivilanzug vertauschen. Seinen Anhängern, die in den beiden grossen Parteien zu finden sind, gibt dies neuen Auftrieb; die Kandidatur für den Präsidentenstuhl, war sie bisher unstritten und vom Rivalen Taft beschattet, scheint nun sicher zu sein.

Es ist gut, dass die bald freiwerdende Stelle eines Oberkommandierenden der Atlantikpaktkräfte aus dem politischen Meinungsstreit in den USA herausgehoben wird; weniger gut ist es jedoch, dass es in Westeuropa nicht an Bestrebungen fehlt, Eisenhower sozusagen einen guten Abgang und eine gute Ausgangsposition in den USA zu verschaffen. Vieles deutet auf einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Rücktritt Eisenhowers und der Beschleunigung über den Abschluss des Generalvertrages mit der Bundesrepublik und der Aufstellung deutscher Truppenkontingente im Rahmen einer Europaarmee hin. Ein Eisenhower, der als krönenden Abschluss seiner bisherigen Europatätigkeit zwölf deutsche Divisionen - in dieser Höhe soll sich der deutsche Verteidigungsbeitrag bewegen - mitbringt, vermag seine Aussichten, jeden Rivalen zu schlagen, wohl zu steigern. Dieser Erfolg müsste selbst skeptische Amerikaner aus dem Felde schlagen - aber das wäre ein Erfolg, der, wie die Dinge heute liegen, mit der Preisgabe wesentlicher deutscher Interessen erkaufte würde. Es kann nicht die Aufgabe der deutschen Bundesrepublik sein, auf diese Art sich in den USA-Wahlkampf einzuschalten und unser Schicksal so unlösbar mit einem Manne und einem Lande zu verknüpfen.

Neue Etappe des bolivianischen Elends

Von unserem lateinamerikanischen Mitarbeiter

Was im Mai 1951 von Kennern der bolivianischen Verhältnisse befürchtet wurde, ist jetzt, fast ein Jahr später, eingetreten. Der faschistisch-peronistische militärische Flügel in Bolivien hat sich der Macht bemächtigt. Vor einem Jahre hatten einwandfreie Präsidentschaftswahlen der rund 30 Prozent Schreibkundigen des Landes dem Kandidaten der "revolutionären" faschistischen Richtung, Paz Estensoro, eine Mehrheit gebracht. Mit der Begründung, dass die notwendige absolute Mehrheit nicht erreicht war und Paz Estensoro eine Diktatur wolle (was durchaus stimmte), hatte daraufhin der im Amt befindliche Präsident die Macht einer Gruppe liberal-konservativer Generäle übergeben und war dann ins Ausland abgereist. Seitdem regierte das Militärkabinett unter Leitung des Generals Ballivian, der lange Zeit bolivianischer Militärattaché in Washington gewesen war; mit besorgten Blicken nach Buenos Aires schielend, wo Paz Estensoro bei seinem grossen Freund Peron aus- und einging und alle Vierteljahr seinen Anspruch auf die bolivianische Präsidentschaft erneut ankündigte.

Anscheinend haben die Polizei Ballivians und der Washingtoner Geheimdienst nicht gut aufgepasst - denn jetzt hat Nordamerika diesen "kalten Krieg" verloren, oder hat man Bolivien fallen gelassen? Auch dafür gibt es Anzeichen. So erfolgte der Putsch in Bolivien auffallend kurze Zeit nach der neuen Verteilung der nordamerikanischen Zirkelkäufe, die zum ersten Male Belgisch-Kongo deutlich gegenüber Bolivien bevorzugen. Die Frage bleibt offen, ob das Spiel in Bolivien mit seinen ewigen lokalen Aufständen, mit passiver Resistenz gewisser Teile der Verwaltung und des Offizierskorps gegenüber seinen nordamerikanischen Instrukteuren und der immer deutlicheren Hinwendung der teils kommunistischen, teils faschistischen Studenten und jüngeren Offiziere zu Paz Estensoro und Peron Washington nicht einfach zu teuer und aussichtslos schien.

Washington kann sich den Verlust Boliviens leisten, weil Paz Estensoro wirtschaftlich und finanziell einfach nicht in der Lage ist, sein großsprecherisches Programm mit Argentiniers Hilfe durch-

führen. Auf dem Papier bestehen alte Vereinbarungen zwischen Peron und den nationalistischen Vorgängern Paz Estensoros (der schon einmal Minister in einer bolivianischen Rechtsdiktatur war), nach denen die unausgebeuteten Erz- und Erdölreserven des Landesteils am Ostabhang der Anden mit argentinischem Kapital erschlossen und durch Bahn- und Kanalbauten einem argentinischen Hafen und dem Atlantischen Ozean zugeführt werden sollten. Aber Argentinien hat heute nicht einmal Kapital für sich, geschweige denn für andere Länder...

Auch politisch könnte man sich denken, dass Washington Bolivien aus seinen Listen strich. Trotzdem die Kommunisten schon kurz vor der Wahl des vorigen Jahres aufgefordert hatten, für Paz Estensoro zu stimmen, wird ein solches Konkubinat nicht zusammenhalten. Als nächste Revolution ist eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Faschisten mit Sicherheit zu erwarten. Und diese wird blutig sein, denn der coadegenorierte Minenarbeiter, der in seinem ausweglosen Elend stets den kommunistischen Agitatoren zugänglich war, weiss sehr gut Bescheid mit Sprengstoffen...

Der einzige bisherige "Gewinner" in diesem bolivianischen Elend aus Analphabetismus, Cocalaster, Armut und nationalem Fanatismus ist - Belgien. Beim Bekanntwerden des Umsturzes in Bolivien zogen die Kongoaktien auf der Brüsseler Börse sofort stark an...

Don Pablo

+ + +

Die Polizei wehrt sich - ohne Gummiknüppel

Rr. Freiburg

Es ist vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte der bewaffneten Staatsgewalt, dass die Polizei als gewerkschaftliche Organisation die Bevölkerung zu einer Versammlung einladet, um eine polizeiliche Aktion mit politischem Hintergrund aufzuklären und sich zu verteidigen. Das hat die Fachschaft der Polizei in der Gewerkschaft ÖTV dieser Tage in Freiburg getan.

Man erinnert sich, dass es vor einiger Zeit in der sonst ruhigen Universitätsstadt Freiburg zu heftigen Zusammenstößen zwi-

sehen Polizei und Demonstranten, in der Hauptsache Studenten, kam, die gegen die Vorführung eines Veit Harlan-Filmes protestierten. Der Badische Landtag setzte einen Untersuchungsausschuss ein - ein "Inquisitionstribunal" nannte ihn der stark belastete Freiburger Polizeidirektor in der Versammlung. Der Saal war überfüllt, auch offizielle Vertreter der Regierung, des Landtages und des Stadtrates waren anwesend, neben Vertretern der gewerkschaftlichen Organisation aus ganz Baden und Württemberg. Für die Polizei sprachen ihr Fachgruppenleiter aus Stuttgart und der Bundesleiter der Fachabteilung im DGB.

Am Schluss der Referate, die von den Freiburger Vorgängen ausgehend zu einer grundsätzlichen und kritischen Untersuchung der staatsrechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Funktionen der Polizei führte, wurden neun Forderungen aufgestellt und gebilligt: demokratische Erziehung und Haltung, Abkehr von einer falsch verstandenen politischen "Neutralität", vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit, insbesondere mit der Presse, Ablehnung militärischer Sitten, Modernisierung der polizeilichen Verordnungen und zeitgemäße Ausrüstung, klare Trennung zwischen Polizei und einer kommandierten Wehrmacht. Das alles waren sachliche Forderungen, die jeder unterschreiben kann.

Aber in den Fragen, welche diese Versammlung ausgelöst hatten, kam es keineswegs zu einer Klärung. In der mehrstündigen Aussprache gab es heftige, teilweise tumultuöse Szenen. Man konnte den Eindruck haben, dass wieder einmal die Kleinen aufgehängt wurden, während über dem Hintergrund der Schleier blieb. Immerhin, an diesem Abend konnten sich die Kleinen wenigstens wehren, und das war ihr gutes Recht, zumal sie sehr positive Vorschläge damit verbanden. Vielleicht schafft das Gericht Klarheit, nicht nur durch die Klage gegen einige der Demonstranten, sondern mehr durch jenes Verfahren, welches der Innenminister gegen eine Münchener Wochenchrift eingeleitet hat, die über die Kulissen der Freiburger Vorgänge und ihre Akteure einige erstaunliche Behauptungen aufgestellt hatte.